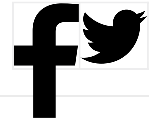
INLANDSNACHRICHTEN
DECEMBER 19, 20144:33 PMUPDATED 7 YEARS AGO

Steinmeier stellt Russland-Sanktionen infrage

By Reuters Staff



Berlin (Reuters) - Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier stellt die Sanktionen gegen Russland in der Ukraine-Krise infrage.



Germany's Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier addresses the media after a meeting with Ukraine's President Petro Poroshenko in Kiev December 19, 2014. REUTERS/Valentyn Ogirenko (UKRAINE - Tags: POLITICS HEADSHOT)

In einem am Freitag vorab veröffentlichten Gespräch mit dem "Spiegel" warnte er vor den Folgen der Strafmaßnahmen. Auf die Frage, ob er besorgt sei, dass Russland destabilisiert werde, falls Europa die Sanktionen nicht lockere, erklärte der Minister: "Die Sorge habe ich." Wer Russland wirtschaftlich in die Knie zwingen wolle, werde damit nicht mehr Sicherheit in Europa schaffen. "Ich kann davor nur warnen", bekräftigte Steinmeier angesichts des zuletzt drastischen Rubel- und Ölpreisverfalls, der schwer auf der russischen Wirtschaft lastet. Hoffnungen auf neue Friedensgespräche am Sonntag versetzte ein Anführer der ostukrainischen Separatisten einen Dämpfer. Es gebe noch keinen Termin sagte er.

Russland zahle nun den Preis für den Vertrauensverlust wegen der Ukraine-Krise, sagte Steinmeier dem "Spiegel". Die Wirtschafts- und Finanzkrise werde in Russland sicher auch

innenpolitische Wirkung haben. “Es kann nicht in unserem Interesse sein, dass diese völlig außer Kontrolle gerät”, warnte der SPD-Politiker. “Das sollten wir bei unserer Sanktionspolitik im Blick haben.”

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, der CDU-Politiker Norbert Röttgen, widersprach Steinmeier. Er sehe keinen Grund für eine Lockerung der Sanktionen. “(Der russische Präsident Wladimir) Putin hat es selbst in der Hand, die Situation zu wenden”, sagte Röttgen dem “Spiegel”. Die Sanktionen sollten ihn dazu bringen, sein Verhalten zu ändern. Der Westen erreiche mit Sicherheit keine Änderung der russischen Politik, wenn er die Sanktionen ohne Gegenleistung aufhebe.

Beim EU-Gipfel in Brüssel hatten sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch Frankreichs Präsident Francois Hollande betont, konkrete Fortschritte in der Ostukraine seien die Voraussetzung für eine Lockerung der Sanktionen.

KONTAKTGRUPPE SOLL KONKRETERE VEREINBARUNGEN TREFFEN

Nach Gesprächen mit Präsident Petro Poroschenko, Regierungschef Arseni Jazenjuk und der OSZE-Unterhändlerin Heidi Tagliavini forderte Steinmeier in Kiew, alles daranzusetzen, dass das ein Treffen der Kontaktgruppe zustandekomme. Bei der nächsten Zusammenkunft der Kontaktgruppe komme es darauf an, konkretere Vereinbarungen zum Gefangenenaustausch, zur Einrichtung einer Pufferzone und zur humanitären Versorgung der Ostukraine in den Wintermonaten festzulegen. Eine neue Verhandlungsrunde wäre ein Zeichen der Hoffnung so kurz vor Weihnachten, sagte Steinmeier. Poroschenko hatte ein Treffen am Sonntag in Aussicht gestellt. Der Vizepräsident des Volksrats der Separatisten, Denis Puschilin, sagte dagegen laut Nachrichtenagentur Interfax, ein Termin müsse erst noch vereinbart werden: “Wir hoffen, dass ein Treffen in Minsk noch vor Neujahr zustande kommt.”

Im September hatten Russland, die Ukraine und die OSZE in der weißrussischen Hauptstadt eine Feuerpause zwischen der Regierung in Kiew und prorussischen Rebellen ausgehandelt. Diese wurde zunächst recht gut eingehalten, später aber immer häufiger verletzt. Steinmeier bemüht sich seit Wochen, dem Minsker Abkommen neues Leben einzuhauchen und die Gespräche über eine dauerhafte Feuerpause wieder in Gang zu bringen.

Die Nachrichtenagentur Belta meldete unterdessen, der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko werde sich am Sonntag in Kiew mit Poroschenko treffen. Der Termin habe

aber nichts mit der Kontaktgruppe zu tun. Weißrussland ist ein enger Verbündeter Russlands, unterhält aber auch gute Beziehungen zur Ukraine.

Seit Donnerstag wurden nach Angaben des ukrainischen Militärs fünf Soldaten durch Angriffe der Separatisten getötet und sieben verletzt, mehr als sonst in den vergangenen Wochen. Allerdings setzten die Aufständischen derzeit nur Sturmgewehre ein, keine Panzer oder Artillerie, sagte ein Sprecher der Streitkräfte. “Wir können nicht sagen, dass sich die Lage verschärft hat.”

Our Standards: The Thomson Reuters Trust Principles.